

Beilage
Sonntags
zu den 3,50 M.
zu den 3,70 M.
Sonntags
zu den 3,50 M.
zu den 3,70 M.
Sonntags
zu den 3,50 M.
zu den 3,70 M.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lohn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen
Die einseitige Zeile 60
Zwei-seitige 80
Reklamezeile 2,50 M.
Ausgabensteuer
Die, Rosenstraße 34
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für den
Schriftleitung
J. B. R. Bruchhäuser

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 242

Diez, Freitag, den 22. Oktober 1920

26. Jahrgang

Der Streik in England

Bad Ems, den 22. Okt. 1920.

Wenn man den Streik, der jetzt über England wie ein ungeheures Gewitter hereingebrochen ist, bis in seine Ursachen und Anlässe aufmerksam verfolgt hat, so ist man nicht im Zweifel darüber, daß die englische Regierung die Mittel besaß, das Ungeheuer abzuwenden. An sich war der Kohlenstreik die Wirtschaft schwer erschüttert. Die Regierung scheint indes die Gefahr nicht allzu groß eingeschätzt. Sie sagt sich, daß England ohnedies vor einer Wirtschaftskrise steht.

Obgleich die Ein- und Ausfuhr sich noch gleichmäßig im Laufen befindet, so lassen sich doch schon Absatzrückgänge feststellen. Ost- und Westeuropa ist Kriegsschauplatz, Mitteleuropa wirtschaftlich geschwächt, Vorderasien eignet sich erst recht nicht für den Absatz von Massenwarengütern. Dazu kommt, daß die Verhältnisse im fernsten Osten mit Elektrizität geladen sind. Wenn also die englische Industrie gezwungen wird, zu hinken, so trägt das einseitig zur Entlastung der englischen Wirtschaft bei. Das ist aber nur die eine Seite. Mehr die Industrie gezwungen ist, die Betriebe wegen Kohlenmangels stillzulegen, desto größer wird das Heer der Arbeitslosen. Lloyd George hat die Unternehmer in dem offenen Rundschreiben gemahnt, den Betrieb solange wie möglich aufrecht zu erhalten. Trotzdem kann es geschehen, daß die englische Wirtschaft eines Tages stillsteht. Was auch auf die Schifffahrt und das europäische Festland muß der Streik zurückwirken. Die englische Handelsflotte ist einseitig unersetzbar. Wenn der Streik Wochen und Monate dauert, werden den Ozean nur noch Segelschiffe kreuzen können. Das bedeutet, daß Rohstoffe und Rohmaterial nur noch in beschränktem Umfang nach dem Ausland gelangen, was zu heftigen Schlägen und Erschütterungen der Wirtschaft führt. Das alles nimmt die englische Regierung in Kauf. Für sie steht offenbar mehr auf dem Spiel als nur ein wirtschaftliches und soziales Leben. Lloyd George scheint gerüstet. Es fragt sich, wer den Streik länger aushält. Die Streikenden mögen gut gefüllt sein, wenn aber der Schiffsverkehr zum Erliegen kommt, wird auch den radikalsten Arbeiterführern nichts übrig bleiben, als die Wiederaufnahme der Arbeit anzugehen.

Merke! Intimes über die Herrn Bolschewistenführer

Bekanntlich hat sich die Unabhängige Partei in Halle zu einer Führung nach Moskau, um die Weltrevolution voranzutreiben, die Rechte zog unter Kurt Rosenfelds Führung. In den Zoologischen Garten in Halle. Apfelbaum ist niemals Arbeiter, sondern immer nur halbfertiger Arbeiter gewesen. Rosenfeld ist in Berlin Rechtsanwalt. Die beiden erheben den Anspruch, die einzig brauchbaren Führer der deutschen Arbeiter zu sein. Apfelbaum hat behauptet, er werde die Chinesen und Japane ebenso aufwiegen wie die Deutschen und Engländer, denn das Ziel des Bolschewismus sei die Weltrevolution. (Wenn man das nicht anhört, dann wundert man sich, wie es kommt, daß die Sowjetregierung bei allen Friedenskonferenzen, die ihr angetragen werden, sich jedesmal feierlich verpflichtet, die Wahlarbeit außerhalb Russlands mehr zu betreiben. Apfelbaum sollte am 17. Oktober in Berlin reden. Er hat es vorgezogen, sich krank zu melden, obwohl der Vorsitzende von Berlin die Versammlung genehmigt hat. Wahrscheinlich hat er die freie Zeit benutzt, um einen neuen Zusammenbruch zu erleben, der am Montag an allen Stellen Berlins zu lesen war, in dem unter Aufwendung vieler starker Worte das Bekenntnis zur Notwendigkeit der Weltrevolution des Proletariats an erster Stelle steht. Dieser Aufruf den Mangel an Deutschland, der diesen Leuten innewohnt. Denn er bezieht sich auf die Verleumdung, die der Bolschewismus, als eine Schwächung der Revolutionsanstrengungen des Proletariats, aber er übersieht, daß jede Gewalttat des Proletariats zur Verleumdung führen muß. Das Herr Rud. bolsch. Apfelbaum für die deutsche Arbeiterbewegung. Ueber die Entwicklung und Lebensführung dieses Herrn macht das Berl. Tagebl. folgende Mitteilungen:

Der Herr Sinowjew mit Lenin in der Schweiz lebte, er ist offenbar nur mit geringen Mitteln versehen und seine Lebensführung mußte sich seinem bescheidenen Einkommen anpassen. Aber während Lenin auch nach dem Ausbruch des Bolschewismus auf äußerlichen Glanz verzichtete, so ließ Sinowjew die Freuden seiner Macht in vollen Zügen genießen. Als Oberbürgermeister von Petrograd (Petersburg) hat er die schönsten Paläste und umgibt sich mit allem, was ein Emporkömmling befehlen kann. Sinowjew hat ein Reiseauto, mit dem er sogar seine regelmäßigen über 800 Kilometer langen Fahrten nach Moskau macht. Auf seinen Fahrten hat er stets einen Koch, einen Bedienten und einen Sekretär bei sich. Sein Koch

scheint vorzüglich zu kochen, denn Herr Sinowjew, der in der Schweiz sich nicht durch große Körperfülle auszeichnete, ist in dem verhungerten Russland sehr dick und fett geworden. Er wirkt wie das Reklamebild eines Schlemmerlokals. In Halle wohnte Sinowjew mit seinem Gefolge im Hotel Hohenzollern und hatte 14 Zimmer belegt. Er hatte fortwährend Automobile zur Verfügung, die vor dem Hotel warteten, und ließ sich nachts durch zwei zuverlässige Türhüter bewachen.

Zur Ausweisung der russischen Heilsoverländer.

Man hat unserer Regierung in Bezug auf die Ausweisung der russischen Bolschewistenführer den Vorwurf der Schlappheit gemacht. Sehr zu unrecht. Der Tag von Halle mußte kommen. Er mußte den deutschen Arbeitern wie den deutschen Bürgern zeigen, mit wem sie es zu tun hatten. Die „neue Religion“, die Sinowjew verkündigte, das ganze Redebüchlein der russischen Bolschewistenführer hat in das Durcheinander der Anschauungen über das Wesen des Bolschewismus und die Zustände in Russland erst die nötige Klarheit gebracht. Jetzt haben wir reinen Tisch. In Halle haben sich die Geister geschieden. Wir müssen nunmehr abwarten, ob Vernunft oder Wahnsinn siegreich ist. Sinowjew hat dem Bürgertum gezeigt, daß der Kampf des Bolschewismus ihm gilt, daß ihm daher, wenn Moskau in Deutschland Trumpf wird, nur die sog. „bessere Welt“ übrig bleibt. Darum mußte der Tag von Halle kommen, und darum mußte sich die Regierung den Vorwurf der Schlappheit gefallen lassen. Ihr Experiment war klug und gefährlich. Aber es ist gelungen. Der Mohr Sinowjew hat seine Schuldigkeit der deutschen Arbeiterkraft wie dem deutschen Bürgertum gegenüber getan — er kann gehen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. Oktober.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung des Ausweisungsbefehls gegen die Sowjetvertreter Sinowjew und Kowowski.

Abg. Rosenfeld (Unabh. Frd.) begründet den Antrag gegen den Ausweisungsbefehl, der ganz den alten Bismarckischen Geist atme. Es sei die höchste Zeit, daß endlich ein Ausländerrecht geschaffen werde. Nach wie vor herrsche die größte Willkür der Polizei. Diese Tatist müsse endlich aufhören. Der Redner wendet sich besonders gegen den preussischen Minister Seebert, der dem Wunsch der Reichsregierung bereitwillig entsprochen habe, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, seinen Erlaß zu begründen. (Die Ausführungen des Redners werden von vielfachen Zwischenrufen unterbrochen und führen zu großer Unruhe im ganzen Hause.) Die sozialdemokratische Arbeiterkraft protestiert gegen die Ausweisung, weil sie jede terroristische Maßnahme verabscheut. (Stürmische Heiterkeit.) Die Ausweisung sei offenbar nur der Auftakt zu einem schärferen Vorgehen der bürgerlichen Regierung gegen die Arbeiterkraft und es scheint ein neuer Kurs bevorzustehen. Dagegen muß die Arbeiterkraft auf der Hut sein.

Minister Sinowjew gibt einen Überblick über die Vorgeschichte der Zulassung der russischen Delegierten. Er gibt weiterhin zu, daß das von Abg. Rosenfeld beanstandete Fehlen eines Fremdenrechtes eine Lücke der deutschen Gesetzgebung bilde, und daß es bald Sache des Reichstages sein werde, diese Lücke zu schließen. Ob das Gesetz aber so ausfallen werde, wie Dr. Rosenfeld es wolle, das sei ihm nur nach geschicktem Urteil eine Ausweisung erfolgen dürfte, hält er für zweifelhaft. Auf die Geltendmachung seiner Forderungen gegenüber den Ausländern könne kein Staat verzichten. Zu der deutschen Arbeiterkraft aber habe er das Vertrauen, daß sie auf die Dauer erkennen werde, daß die Methoden Russlands nicht die unserer sind. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 20. Oktober.

Auf der Tagesordnung steht die Vorberathung der großen Anfrage (Deutschnational) betr. die Wahl des Dr. Löwenstein zum Stadthalter für Groß-Berlin.

Die Sache wird dem Gemeindevorstand übergeben.

Die Vorlage zum Fortschreibungsgesetz wird an den Ausschuss zurückverwiesen.

Die Vorlage zur Erweiterung des Stadtkreises Althelm an der Ruhr wird einstimmig angenommen. Die Beschlüsse des Justizministers über vorläufige Veränderung von Gerichtsbezirken antwortlich der Ausführung des Friedensvertrages gehen an den Rechtsausschuss. Es folgt die zweite Beratung des Staatshaushalts.

Sie beginnt beim Haushalt der Allgemeinen und Finanzverwaltung.

Als erster Redner spricht der mehrheitssozialistische Abg. Kunze. Er fordert bei der überaus schlechten Finanzlage Preussens vor allem Arbeit und Hebung der Produktion, äußerste Sparbarkeit und Vereinfachung des Beamtenapparates.

In ähnlicher Richtung lag auch die Forderung des demokratischen Abg. Dr. Krenkel.

Donnerstag 1 Uhr Fortsetzung.

Deutschland.

Die Entwaffnung.

Das Staatssekretariat für Heereswesen verständigte den Vorsitzenden des alliierten Exerzierkommissionärs, daß die Auflösung des alten Heeres und die Organisation der neuen Heeresmacht nach den Bestimmungen des Friedensvertrages durchgeführt sei. Der Ueberwachungs-ausschuss hat also nur noch die Frage bezüglich der Abfertigung der Waffen, der Munition und des Kriegsmaterials zu regeln. Das Staatssekretariat bittet zugleich angesichts der finanziellen Notlage des Landes um baldige Beendigung der internationalen Kontrollvorrichtungen, jedenfalls aber um einen wesentlichen Abbau des militärischen Ueberwachungsapparates und Ueberwachungsdienstes.

Die Zukunft der Unabhängigen.

Zweifellos herrscht in beiden Lagern der gespaltenen Unabhängigen Partei trotz der hier wie dort laut gehörschten Zersplitterung eine stark kameradschaftliche Stimmung. Das wird in den Artikeln der rechts-unabhängigen Blätter auch ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht. Die „Freiheit“ erklärt heute aufs neue, Bonquet habe vollkommen recht gehabt, als er erklärte, die deutsche Arbeiterkraft sei die Besiegte. Ähnlich so drückt sich auch die „Völkische Volkszeitung“ aus. Die Tage von Halle seien schwarze Tage gewesen, und die Spaltung erwies sich in einer Zeit, da die Reaktion frecher als je ihre Anschläge schmeide, als ein Verbrechen an der Arbeiterkraft, und angesichts solcher Erkenntnis klingt es nicht ganz echt, wenn das Blatt versichert, in die gloriole Zukunft der rechts-unabhängigen Partei nicht den geringsten Zweifel zu setzen. Tatsache ist, daß die eigentliche Stellung der rechts-unabhängigen Gruppe zu unklar geworden ist, als daß sie der großen Masse auf die Dauer verständlich bleiben könnte. Einmal heißt es: „Wir lehnen es ab, die Arbeiterkraft mit täglich wechselnden Parolen in neue Tüfchen hineinzustecken und durch Täuschung über die wirklichen Machtverhältnisse unerfüllbare Illusionen zu wecken“, an einer anderen Stelle aber: „Wir erstreben mit allen Mitteln die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung durch die Diktatur des Proletariats. Wir führen den Kampf weiter gegen die rechtssozialistische Politik des Reformismus, der Reaktion mit den bürgerlichen Parteien und der Arbeitgemeinschaften mit dem Unternehmertum.“ Das ist die Sprache einer Gruppe, die sich auf längere Zeit für politisch einflusslos hält und es sich deshalb erlauben kann, die Opposition als Prinzip zu erklären. Aus diesen Gründen kann man der „Kette“ sagen, dem Zentralorgan der Kommunisten einmal beistimmen, wenn sie das Schicksal der U. S. P. D. als etwas Logisches und Naturunvermeidliches erklärt. Eine Zukunft kann das kommunistische Blatt der rechts-unabhängigen Partei nicht anerkennen. Gedulden sei ihr ein großer Teil der Parteibürokratie, die Presse, der Mandat und auch der Kasse. Alles das oder mache nicht das Wesen einer politischen Partei aus, vielmehr müsse das Schiff, das seinen ganzen Ballast in Gehalt von drei Vierteln der radikalsten Parteimitglieder und fünf- oder sechsmaihunderttausend der besten Kämpfer verloren habe, nunmehr nach rechts treiben.

In der Mehrheitssozialdemokratie herrscht über die rasche Zersplitterung einer Partei, die noch vor ein paar Monaten in den Wahlen so gefährlich ausfiel, große Genugtuung. Der „Vorwärts“ sagt: „Die linke U. S. P. hat den Weg nach Moskau gefunden, die rechte ist eine verschwommene Kompromisspartei geblieben, und als solche dazu bestimmt, zu Grunde zu gehen.“ Ob das nun der Fall ist oder nicht, jedenfalls kann Halle auch für die U. S. P. D. nicht ohne Folgen bleiben.

Ein Nachwort zur Brüsseler Konferenz.

Der bekannte schwedische Volkswirtschaftler Professor Gustav Cassel, der als Vertreter Schwedens an der Brüsseler Konferenz teilgenommen hat, bespricht in Svenska Dagbladet die Bedeutung der Konferenzfrage, wie sie sich nach den Besprechungen in der belgischen Hauptstadt darstellt. In Brüssel so sehr er auseinander, habe man zwar über den von Deutschland zu leistenden Schadenersatz nicht sprechen dürfen, sondern sich mit allgemeinen gehaltenen Entschuldigungen begnügen müssen. Aber diese allgemeinen Sätze gelten auch für Deutschland und dessen Verpflichtungen gegen seine früheren Feinde. Er führt dann u. a. weiter aus: Um zum wirklichen Kriegsschadenersatz zu gelangen, gibt es keine andere Methode, als die, die deutsche Produktionskraft so zu wirken, daß ein freiverfügbarer Einkommenüberschuss entsteht, der zur Bezahlung verwendet werden kann. Und damit diese Bezahlung möglich wird, muß der Ueberschuss die Form des Ueberschusses haben. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie muß hinausgetrieben werden zu solcher Höhe, daß eine Ausfuhr erreicht wird, die nicht nur des Landes umgängliche Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln, sondern darüber hinaus auch noch einen gewissen jährlichen Betrag des Schadenersatzes zu bezahlen vermag. Die Erkenntnis dieses Sachverhaltes breitet sich nach der Brüsseler Konferenz in der ganzen Welt aus. Und der Wille, um endlich zu einem wirklichen Frieden zu kommen, hat sich in Brüssel sehr bestimmt geäußert. Die Welt ist, im ganzen gesehen, in dieser Frage zu einer einheitlichen Meinung gelangt. Das Frankreich, das gegenüber Deutschland an einer Versöhnungspolitik festhält, isoliert sich mehr und mehr. Jeden, der an der Brüsseler Konferenz teilgenommen hat, muß das klar geworden sein. England und die Vereinigten Staaten, wie überhaupt die ganze Welt, die jenseits des Ozeans lebt, sind sich offenbar vollständig einig darüber, daß Europas wirtschaftliche Neugeburt ein gemeinsames Interesse ist, das keiner hindern darf. Und die Länder Europas schließen sich immer mehr dieser Auffassung an. Eine französische Politik, die sich dem einzigen Weltwillen entgegenstellt, würde vor allem Frankreich selbst schaden, und alle wirklichen Freunde Frankreichs müßten sich in der Hoffnung vereinigen, daß Frankreich sich beiraten und in dieser Sache sich mit der übrigen Welt solidarisch erklären wird.

Aus dem besetzten Gebiet.

Das Zentrum und die rheinische Frage.

Im Coblenzer Katholischen Lehrverein fand dieser Tage eine Aussprache über die staatsrechtlichen Forderungen des Rheinlandes statt, in der mehrere Zentrumsvertreter sehr entschieden dafür eintraten, das Rheinland zu einem selbständigen Bundesstaat innerhalb des Reichs zu machen. So erklärte der Abg. v. Guérard:

Mit allem Nachdruck verlangen die rheinischen Abgeordneten eine Neugliederung des Reichs auf Grund unserer Stammeseigenart unter Berücksichtigung der ganzen politischen und kulturellen Eigenart. Als freies Rheinland, in engster Verbindung mit den übrigen Ländern, im Rahmen des Deutschen Reichs, sind wir überzeugt, dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes am besten dienen zu können.

In ähnlichem Sinne äußerte sich nach der Coblenzer Volksztg. Rechtsanwalt Loenarz:

Das Zugeständnis einer gewissen Autonomie könne uns nicht genügen; als kostbarste Perle in der früheren Krone

Preußens fordern wir dieselben Rechte wie andere Bundesstaaten, fordern wir Gerechtigkeit! Sollen wir mit einem Eig im Reichsrate uns begnügen, während andere Staaten, an Zahl und Bedeutung weit hinter uns stehend, fünf und mehr Sitze beanspruchen können? Unser rheinischer Führer Trimborn bietet uns die beste Gewähr, daß die rheinische Frage in unserem Sinne ohne jede Schädigung des Reichsgedankens eine Lösung finden wird.

Die sozialdemokratische Rheinische Ztg. vermutet hinter diesen Reden geheime Sympathien für Dörten und seine Leute, die ja ebenfalls jede reichsfeindliche Tendenz in Rede stellen. Was bisher aus der Coblenzer Versammlung bekannt geworden ist, liefert für diese Vermutung keinen sicheren Beleg; daß aber in der Tat die Anhänger Dörten sich in Coblenz wieder regen, zeigt die Herausgabe einer neuen separatistischen Zeitung, die dort für die nächsten Tage bedruckt werden soll.

Amerika.

Bevorzugung der Kulis.

Die Herbeischaffung von Kulis und die Verwendung chinesischer Arbeiterheere bei Straßen- und Bahnbauten sowie in Kohlengruben usw. ist in dem Reichshofverband der amerikanischen Ingenieurvereine befürwortet worden. Diese Empfehlung erfolgte im Rahmen der jetzt viel besprochenen Lösung des Einwanderungsproblems. In Verbindung mit dem Vorschlag, Kulis einzuführen, wurde eine Eindämmung der europäischen Einwanderung verlangt. Bei den Verhandlungen darüber wurden die Auswanderer der Alten Welt „die Parasiten aus Europa“ bezeichnet. Es sei auch zu befürchten, daß diese Parasiten mit Bolschewismus verknüpft seien. Ein Redner erklärte, die Stadt New York könne durch die Verwendung von Kulis beim Bau der Teilsbahnen 50 Millionen Dollar an Löhnen sparen. Die Ingenieure werden dem neuen Kongreß im März eine Denkschrift unterbreiten, in der sie für Milderung der gegen die mongolischen Rassen gerichteten Einwanderungsbestimmungen und für die Zulassung von Kulis als Vertragsarbeiter eintreten werden.

England.

Noch keine Lösung.

Die Vertreter der Bergarbeiter im Unterhause sprachen sich enttäuscht darüber aus, daß die Regierung nach wie vor an ihrer Stellungnahme festhalte, nämlich jede Lohn-erhöhung von einer Steigerung der Produktion abhängig zu machen. Lodge äußerte sich dahin, es sei noch kein Schritt vorwärts getan worden, da Lloyd George noch immer an den Vorschlägen festhalte, die von den Bergarbeitern bereits endgültig abgelehnt worden seien. Der Präsident des Verbandes der schottischen Bergleute faßte seine Ansicht dahin zusammen, daß die unveränderte Stellungnahme der Regierung die Bergarbeiter in ihrem Entschluß, bis zum Ende des Kampfes auszuharren, noch verstärken werde. Die Vertreter von Süd-Wales erklärten, es gebe nur einen Weg, um aus der schwierigen Lage herauszukommen, die Regierung müsse die Lohnforderungen der Bergleute bewilligen und darauf vertrauen, daß nach den gegebenen Versprechungen die Bergleute in Verbindung mit den Grubenbesitzern Maßnahmen treffen werden, um so viel wie möglich die Förderung zu steigern.

Die getöteten Polizisten.

Im englischen Unterhause sagte Hamar Greenwood in Erwiderung auf eine Anfrage:

„Seit dem ersten Januar seien 100 Polizisten und 18 Militärpersonen getötet und 160 Polizisten und 60 Militärpersonen in Irland verwundet worden. Er könne nicht mitteilen, welche Schritte die Regierung gegen diesen Mordfeldzug zu unternehmen gedenke. Er könne dem Hause lediglich die Versicherung geben, daß die Regierung die zum Schutze der Staatsdiener zur Verfügung stehenden Mittel ständig verbessere.“

Frankreich.

Heberall das gleiche Lied.

Wie der Matin meldet, ist damit zu rechnen, daß im Laufe dieses Jahres das Defizit der französischen Eisenbahnen die Summe von zwei Milliarden erteilen wird.

Glühender Vorbeer.

Roman von A. Schifert-Ringer.

18. Der brave Hauswart zuckte bedauernd die Achsel. „Da kann ich leider nicht die kleinste Auskunft geben. Herr Linden sagte nur, daß er hierher nicht zurückkommen werde. Die Karte ist bis zum nächsten Monats-ersten bezahlt. Die Altiereinrichtung soll ich gelegentlich verkaufen und den Erlös behalten.“

„Führen Sie mich ins Atelier!“ gebot Alvarez, dem Guten das Goldstück in die schon halbgeöffnete Hand drückend.

Bereitwillig, doch im Stillen auf der Hut, gehorchte der Mann. Er hatte den Schlüssel zum Atelier in der Tasche. Wenige Minuten später betrat der Signor den Raum, wo noch der Stuhl mit der schön geknüpften Lehn stand, in welchem seine Gattin so manchen Mal sich hineingeschmiegt, doch außerdem erinnerte nichts mehr an sie. Ihre Blumen moderten zwischen Schutt und Asche, an den zarten Duft, der ihren Gewändern anhaftete, erinnerte kein Hauch mehr. Durch die hohen Fenster sah der Alttag herein, sah auf staubige Flächen und leere Bänke.

„Der feige Bursche hat Furcht vor meiner Wistole und ist entflohen“, dachte der Ausländer, „aber ich werde ihn zu finden und zu stellen wissen, er entkommt mir nicht.“ Hier konnte er seinen Zorn nicht täuschen. Um so ergrimmt kehrte er in seine Villa zurück.

Auch hier wurde der Befehl zu sofortiger Abreise gegeben. Finster, wie ein unbarmherziger Feind betrat er das Boudoir seiner Frau. „Linden hat sich wie ein Feigling meiner Strafe entzogen, doch mag er nicht zu früh triumphieren, ich werde den mir angetanen Schimpf zu rächen wissen.“

Da riß auch der Signora die Geduld. „Ohne Befürchtungen beleidigst du mich in meiner Frauenehre, meine Beteuerungen sind leere Worte für dich. Wenn sich mein Herz wirklich über kurz oder lang einem anderen zuwendet, wer trägt dann die Schuld? Wer tritt sein Glück mit Füßen? Das bist du, in dessen Hand ich mein Glück legte. Vor dem Altar hast du gelobt, in guten und bösen Tagen getreulich und fest vertrauensvoll mit mir durchs Leben zu gehen. Und so hältst du dein Versprechen: bei dem ersten, nächsten Anlaß ergreiffst du die Gelegenheit, mich zu beschimpfen, meine Frauenehre anzuzweifeln

Das neue Dienstpflichtgesetz.

Nach dem Journal hat der Regierungsentwurf über das neue Dienstpflichtgesetz einige Bewegung hervorgerufen. Nach diesem Vorentwurf würde die Jahressklasse 1919, die im kommenden April ihre drei Jahre erledigt haben würde, noch bis zum Juli, d. h. drei Monate über die drei Jahre hinaus, im Dienst verbleiben. Die Jahressklasse 1921 würde das Bindeglied darstellen; der erste Teil würde vorweg im Juli nächsten Jahres einberufen werden, um die Entlassenen der Jahressklasse 1919 zu ersetzen. Erst die Jahressklasse 1922 würde die völlige Anwendung des Gesetzes über die zweijährige Dienstzeit einleiten. Inzwischen wird jedoch berichtet, daß dieser Entwurf von der Regierung aufgegeben werde und daß die Jahressklasse 1919 nicht mehr als 3 Jahre dienen würde.

Die von den Deutschen 1870 eroberten Fahnen.

Laut Marin hat Ministerpräsident Lehgues den Generalverwalter der von den Deutschen wiedererstatteten Güter, den Generalsteuereinsammler de Celles nach Berlin entsandt, um eine Beschleunigung der Herausgabe der französischen Fahnen herbeizuführen, die von den Deutschen während des Krieges 1870-71 erobert wurden und die die Regierung in dem Besitze aus Anlaß der 50-Jahrfeier der Republik mit vorführen möchte. Bei seinen Vorfürsungen in Berlin wird de Celles durch einen Sachverständigen aus dem Kriegsministerium unterstützt.

Italien.

Der Papst und Italien.

Der Augustinerpater R. Casacca hat in seiner zweiten in zweiter Auflage erschienenen Schrift „Der Papst und Italien“ die römische Frage von neuem angegriffen. Er fordert im Einvernehmen mit dem Vatikan nicht mehr, als daß auf einem noch so kleinen Gebiet amtlich die volle und unbedingte Souveränität des Papstes anerkannt werde, damit dessen übernationale Stellung vor der Welt vollkommen klar sei. „Es handelt sich nicht darum“, schreibt Casacca, „einen Teil des italienischen Gebietes abzutrennen, um es einer andern Nation, die sich unter Umständen gegen Italien wenden könne, zu geben, sondern allein darum, dem Papst, dem Freund und Wohltäter Italiens, sein prädestiniertes Recht anzuerkennen, einen beinahe zu überschenden Gebietsstreifen zum größern Wohle Italiens und der ganzen Menschheit zu bezeugen.“ Casacca folgt somit ganz der Auffassung des Papstes Benedikt XV., der bald nach seinem Regierungsantritt erklärte, daß er die Lösung der römischen Frage nicht von dem Siege der Waffen der einen oder andern Partei, sondern allein von dem Gerechtigkeitsprinzip des italienischen Volkes erwarte. Bekanntlich erkennt das Garantiegeseß die weltliche Souveränität des Papstes nicht an (was das Haupthindernis für seine Zulassung auf den europäischen Friedenskongressen ist), auch ist der Vatikan nicht Eigentum des Papstes, sondern des italienischen Staates, und er ist dem Papst nur zu Nießbrauch überlassen. Die „Exterritorialität“ des Papstes besagt lediglich, daß der Papst für seine Person nicht italienischer Staatsbürger ist, was aber für die übrigen Mitglieder der römischen Kurie, soweit sie Italiener sind, nicht gilt. Sie bleiben den italienischen Gesetzen, ganz gleich in welcher Stellung sie sich befinden, unterworfen. Diesen Zustand möchte der Papst beibehalten, und da die katholische „italienische Volkspartei“, der Popolari, die seit den Wahlen vom 16. November 1919 ein Fünftel der italienischen Kammer bildet, einen entscheidenden Faktor des bürgerlichen Blocks darstellt, so ist es nicht ausgeschlossen, daß es früher oder später zu italienisch-vatikanischen Verhandlungen über die viel geäußerte, heute aber in ihren wirklichen Schwierigkeiten auf ein kleinstes Maß zurückgeführte römische Frage kommt, um sie endgültig zu lösen.

Das schwedische Rote Kreuz.

In der diesjährigen Herbstsitzung des schwedischen Roten Kreuzes erstattete der Vorsitzende Prinz Karl von Schweden den Bericht über die Tätigkeit der Organisation. Was die Hilfsfähigkeit des schwedischen Roten Kreuzes in Wien betrifft, hat die Speisung in den Kinderkrähen und in der Lebensmittelverteilung etwas eingeschränkt werden müssen. Man hofft jedoch, diese Tätigkeit auch während des kommenden Winters aufrecht erhalten zu können. Der schwedische

Gesandte in Berlin hat den Vorschlag für die Anwendung derjenigen Mittel eingekauft, die zur Verringerung der in Deutschland vorgefundenen. Dieser Vorschlag ist dem Prinzen Karl genehmigt worden. Zunächst soll das Sonnenheim in Thüringen gekauft werden und als Krankenhaus eingerichtet werden. Die Kaufsumme beträgt 500 000 Mark, für Reparaturen sind etwa 100 000 Mark erforderlich. Das Schloß eignet sich sehr gut als Pflanzenschule für Strophilose oder tuberkulöse Kinder. 30 000 schwedische Kronen sollen als Zuschüsse an gewisse deutsche Wohlfahrtsvereinigungen zum Ankauf von Lebensmitteln, zur Befreiung von notleidenden Kriegsfamilien und für Witwen verwendet werden.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

1. Oberlahnstein, 21. Okt. Der Sohn des Schützenführers aus Kleinmairfeld fand eine Handgranate und ließ sie mit einem Hammer darauf herumwerfen. Dabei explodierte die Granate und zerbrach in Stücke. Auch sein Vater wurde schwer verletzt.

2. Koblenz, 21. Okt. In der Dunkelheit geriet ein Mosekwerfer in einer Hand unter die Westbahn, die ihn zum Kopf zermalmt und beide Beine abspaltete. Die Leiche wurde erst später gefunden.

3. Niederseifers. Unter starker Beteiligung der Zweigvereine hielt der Gesamt-Tarntausch hier selbst eine Hauptversammlung ab. Als Vertreter der Regierung waren Landrat Schellen, Limburg an der Rhein, und der Präsident der Reichsversammlung, Herr Dr. Schellen, erschienen. Die Jahresberichte folgten, haben alle Zweigvereine den Krieg entstandenen Schäden unter den Mitgliedern wieder aufgefüllt. Die Abteilung für Wegebeschreibungen hat Wandertwege von 650 Kilometer Länge erneuert bekommen. Den Schuttschneefahrern im Tarntausch konnten einige Anwendungen gemacht werden. Dagegen wurden die Mitglieder wegen der hohen Herstellungskosten ihrer Erbschaften erst einstellt. An Neubauten von Schuttschneefahrern und Tünnen im Tarntausch kann in absehbarer Zeit nicht gedacht werden. Außerdem werden die Klubbauten von gewissenlosen Schuttschneefahrern fortgesetzt beschlagnahmt, vielfach auch zerstört. Der Tarntausch hat auf die Ermittlung dieser Vorfälle hohe Belohnungen ausgesetzt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde an Stelle des verstorbenen Herrn Richter-Diez Dr. med. Hans Niederkirch gewählt. Als Ort der nächsten jährlichen Versammlung bestimmte man Weiburg.

Aus dem Unterlahnkreise.

4. Nachprüfung der Fahrausweise. Die Rheinische Kommission hat durch eine Verordnung (Nr. 51) zur Milderung der Ordnungszahl 6 über die Zuständigkeit der Fahrausweisekommission bestimmt, daß die Fahrausweise der Eisenbahnbeamten, die sich in den in der Befehlsgewalt befindlichen Wagen und Abteilen befinden, von den Militärpersonen, die Fahrausweise aller übrigen Reisenden der Eisenbahnbeamten nachzuweisen sind. Die Militärpersonen haben im übrigen die Befugnis, die Fahrausweise aller übrigen Reisenden nachzuweisen und zu prüfen und die Befugnis, die Eisenbahnbeamten berechnen, sich die Fahrausweise in den den Befehlsgewalt vorbehaltenen Anstalten und in den öffentlichen Verkehrsmitteln vorzeigen zu lassen.

Aus Nassau und Umgegend.

5. Schenken, 21. Okt. In der letzten Sitzung des Landes der Erziehungs- und Pflanzenschule Schenken wurde die Diakon Gustav Theis aus Offenbach (Hilfskreis) zum Leiter der Anstalt gewählt.

Aus Bad Ems und Umgegend.

6. Fahrplan. In der heutigen Beilage ist der vom 21. ds. bis abgültige Fahrplan abgedruckt.

7. Quartierung. Es ist hier auf die in der Nummer 10 des öffentlichen Bekanntmachungs des Einmarsches hingewiesen.

8. Keine Überstunden. In einer Bekanntmachung der Demobilisationskommission erneuert man die Befehle, daß grundsätzlich für gewerbliche Arbeiter und Angestellte eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden gilt. Die Angestellten sind nur mit Genehmigung der Demobilisationskommission zulässig. Diese können nur erteilt werden, wenn öffentliches Interesse vorliegt. Sicherstellung der Volkswirtschaft. Bei der großen Zahl Arbeitsloser ist es dringend notwendig, daß der erste wirtschaftliche Erfolg nicht durch die Entlassung, sondern durch Einstellung von Erwerbslosen bewirkt wird.

9. Der Gabelberger Stenographenverein hat sich an dem am Sonntag in Nassau stattfindenden Ball der des Landes Gabelberger Stenographen mit einer Anzahl Teilnehmer. Abfahrt 12.16 Uhr ab Hauptbahnhof.

10. Wo alles wieder gut wurde? Ob es ist gerade gelang, den Gatten von ihrer Unschuld zu zeugen?

Wenn nur Linden sich hütete, je mit Alvarez zusammenzutreffen, das war ihre größte Sorge; denn Mann, das wußte sie, würde vor dem Neuesten nicht zurückweichen.

In Eile wurden die Koffer gepackt, die Alvarez auf Reisen, von Ort zu Ort.

Heimlich schrieb der Signor an Linden eine Droh- und Zornesbriefe, von denen einige den wohl erreichten, andere, da Adressat nicht aufzufinden, den Absender zurückgelangen.

Den Gefallen tat der Künstler seinem Feinde nicht, einer Antwort zu würdigen.

Eine Weile schien es dann auch, als solle zwischen Ehepaar alles wieder gut werden. Alvarez war so sanft und liebevoll gegen seine Gemahlin, der jenseitigen Druck wich aus seinen dunklen Augen.

Enrika war schöner, berückender als je zuvor, glodenhelles Lachen bezauberte alle. Sie mußte nicht, köstlichen Blüte verglichen werden, deren Duft jeder ihr naht, entzückt und berauscht.

Die Huldigungen, mit denen man sie überhäufte, vermehrte, bereiteten ihr großes Vergnügen, ja, der Eitelkeit neigender Sinn wollte dieselben nicht mehr behren.

Ehe sie sich dessen versah, hatte sie wieder, ohne es zu wollen, das Herz eines fremden Mannes flammte, er schmachtete im Banne ihrer Schönheit, war stürmisch und unvorsichtig, fandte ihr Verle, bezauberte in solcher Fülle, daß Alvarez aufmerksamer als er seinen Argwohn bestätigt fand, wurde er ein gänglicher denn je, betrat nicht mehr das Boudoir seiner Frau, verkehrte nur noch in eisiger Höflichkeit mit Enrikas Versuche, trotz allem sich ihm wieder zu nähern.

Da resignierte auch sie, wurde enger und schmerzlicher konnte es kaum begreifen, daß ihren Mann durch Tändeleien so nachhaltig verführte; doch fand sie jetzt keinen Gefallen mehr daran.

(Fortsetzung folgt.)

10 Uhr: Herr Detan
Wilhelmi.
5 Uhr: Herr Pfr.
Schwarz.

Wußten Sie schon, daß in Frankreich eine Art von „Liebesbriefsteuer“ eingeführt werden soll? Es sollen nämlich alle postlagernden Briefe doppeltes Porto kosten; da da meisten davon zärtlichen Inhalts sind, könnte die neue Steuer den Namen „Liebesbriefsteuer“ tragen.

Im Bezug auf die Heizung ist der Winter keines Menschen Freund, denn die Feuerungsfrage spielt in mancher Haushaltsrechnung eine große Rolle. Das macht sich aber besonders fühlbar in der heutigen Zeit, wo viele Haushaltungen zu äußerster Sparsamkeit gezwungen sind. Es ist deshalb interessant festzustellen, in welcher Weise sich beim Heizen Ersparnisse erzielen lassen.

Das Mittelöl ist beim Dautschbrenner überhaupt nur dann nötig, wenn man eine merkliche Abkühlung des Öls und noch geringe Glut beim Feigen der unteren Türe (evtl. durch das Marienglas) sieht. Dann ist ganz bequemer das Mittelöl zu bewegen und zwar bei gleichzeitig offener Nichtenöffnung, damit man kontrollieren kann, daß nur Asche, nicht aber auch die fohbare Glut durchfällt. Das Gleiche gilt für das Stocher bei anderen Feisen.

Zum Anmachen des Feuers benutze man Feueranzünder, weil man dadurch weniger Holz braucht. Das Holz kann man zum Theil durch ein festgedrucktes Zeitungspapier ersparen. Man ist aber zu raten, nicht zuviel Papier anzuwenden, weil es eine stärkere Ausbildung verursacht. Zum Anzünden Petroleum zu benutzen, ist gefährlich (hat schon unendlich viel Unglücksfälle verursacht) und teuer. Bei Herden köche man das Blut vorsichtig zurück, um das neue Brennmaterial von vorn darauf zu legen. Den ganzen Rost frei zu stoßern, wie meistens geschieht, ist unpraktisch. Wird das Feuer in der Küche nicht gebraucht, so kann man es lange noch anhalten, wenn man ein oder einige in Papier eingewickelte Bröten mit etwas Asche bedeckt. So läßt sich von der aufmerksam unthätigen Hausfrau auch beim Heizen manches erwarten und das Vermehrste gründlicher ausnützen.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt in ihrer Nummer 235 vom 20. Mai d. J.:

auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft. Die Wohnungsgesetzgebung ein Ende gemacht worden, die höchst unerwünscht auf unser gesamtes Wirtschaftsleben wirkte. Der größere Teil der Gerichte, insbesondere die Oberlandesgerichte, hatten sich in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung des Reichsjustizministeriums auf den Standpunkt gestellt, daß auch nach Erlaß der Reichsverfassung die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 erlassenen Anordnungen in Kraft geblieben sind, weil Artikel 178 III der Reichsverfassung diese ausdrücklich aufrecht erhält.

Der Ausdruck „in Kraft bleiben“ ist tatsächlich ge-
worden. Mit diesem Ausdruck sollte entgegen der Aus-
sprechung vereinzelter Gerichte einmal zum Ausdruck
bracht werden, daß die in Frage kommenden Anordnungen
bisher in Kraft gewesen sind, und sodann, daß sie auch
Zukunft in Kraft bleiben.

drücklich für rechtsgültig erklärt worden.

Für die Wohnungsverblichnahme ist Artikel 2 Reichsgesetzes wichtig, wonach Eingriffe in die Wohnur erfolgreich sollen, nachdem der Versuch einer gültigen Einigung erfolglos geblieben ist. Soweit für Eingriffe Privatrechte Entscheidung zu gewöhnen ist, hostet die meinde für die aus der Beschlagnahme von Teilen u großer Wohnungen entstehenden Schäden. Zwei dieser stimmungen ist, die Wohnungsinhaber einerseits zu freiwilligen Bereitstellung von Wohnungsteilen zu lassen, anderseits die Gemeinden von zu rücksichtslos gehen abhalten. Dursten doch auch nach dem bisherigen Rechtszustande auf Grund der erteilten Ermächtigungen entbehrliche und für eine Abgabe passend gelegene unter den in den Ermächtigungen näher angegebenen auszuweisen beschlagnahm werden.

Es steht zu hoffen, daß nach dem neuen Reichsgesetz die berechtigten Interessen der Wohnungseigentümer geschützt werden, andererseits aber durch glückliche Vereinigungen mit den Wohnungsinhabern ein großer Teil ihrer Wohnungskosten untergebracht werden wird.

Die Novellen von Goethe. Einem einzelnen kleineren Werke hat Goethe den schlichten Titel „Novell“ geben, eine zweite von ihm verfaßte Geschichte, „Die wilschen Nachbarskinder“, hat er ebenfalls gelegentlich als Novelle bezeichnet. Aber damit ist sein Anteil an dieser Gattung durchaus nicht erschöpft. Die meisten seine

Neueste Mode für Herbst und Winter. Vielgestaltig und vielfältig hat die Mode geschossen. Nach einer Zeit des Darbens nach Neuem können wir wieder von Wandlungen berichten, die sich verhältnismäßig schnell vollziehen. Sind es zunächst auch nur Einzelheiten, die sich bemerkbar machen wie der Haltenrock, der rückwärts gestraifte Rock, der vom Ellbogen ab weit ausfallende Aermel, Pagodenärmel genannt der Medici und Van Zuyt-Armen, Schneebellischen und Rüden-Knopfschlus, so verändern sie das Gesamtbild doch ganz wesentlich. Von einer bestimmten, seither fast unformgemäß wirkenden Modelinie, können wir nicht sprechen. Es scheitern verschiedene Richtungen nebeneinander, sehr zugunsten der Drauen. Die gerade, lose gequiritete Form des Strahlenmantels, Mantel- und Kittelkleides besteht neben der halbanhschließenden, gürtellosen; das schneidergemäß gearbeitete Jadenkleid mit

gürtellosen; das harnetbezeugende harnetbezeugende

	Siechen	Bimbura	Diez	Bad Ems	Coblenz.	
Siechen	ab	5,40	8,19	10,20	1,30	
Weglar	an	6,00		10,40	1,49	W 5,18
Weglar	ab	6,06	8,36	10,43	2,20	W 5,37
Weilburg		6,51		11,33	3,03	5,40
Bimbura	an	7,51		12,35	4,02	6,26
Bimbura	ab	5,44	9,40	12,51		7,17
Diez	an	4,50		11,57		8,17
Diez	ab	5,00	8,53	12,05		8,40
Fachingen		5,05		12,10		10,03
Balduinstein		5,12		12,17		10,08
Laurenburg		5,21		12,26		10,14
Obernhofer		5,32		12,37		10,21
Rassau		4,55		12,47		10,32
Dausenau		5,03		12,55		10,44
Bad Ems	an	5,10		1,02		10,53
Bad Ems	ab	3,40		1,05		11,02
Limdenbach		3,45		1,09		11,08
Nievern		3,50		1,15		
Friedrichslegen		3,58		1,22		
Niederlahnstein	an	4,20		1,31		
Oberlahnstein	an	4,08				
Oberlahnstein	ab	4,16				
Niederlahnstein	ab	4,25				
Coblenz	an	4,35				

		Limburg — Diez — Wiesbaden.						Wiesbaden — Diez — Limburg.						
		W		W		W		W		W		W		
Limburg	ab	4,20	6,55	12,43	4,40	5,58	10,46	Wiesbaden	ab		6,20	10,10	4,04	
Diez	ab	3,33	6,08	12,02	3,52	5,12	9,59	Langenschw.	"	3,44	7,44	11,37	5,20	
Flacht	"	3,42	6,19	12,11	4,01	5,21	10,09	Adolphsied	"	3,49	7,49	11,42	5,25	
Oberneifen	"	3,51	6,25	12,18	4,07	5,30	10,16	Breithardt	"	3,57	7,57	11,50	5,33	
Hahnstätten	"	3,56	6,30	12,24	4,12	5,36	10,22	Hohenstein	"	4,02	8,02	11,55	5,38	
Hollhaus	"	4,02	6,36	12,32	4,18	5,43	10,27	Laufenselden	"	4,07	8,07	12,00	5,43	
Hüdershausen	"	4,09	6,43	12,39	4,25	5,52	an	Michelbach	"	4,33	5,38	8,20	12,13	4,58
Kettenbach	"	4,15	6,49	12,45	4,31	5,59		Kettenbach	"	4,38	5,43	8,25	12,18	5,04
Michelbach	"	4,27	6,58	12,54	4,35	6,10		Hüdershausen	"	4,44	5,49	8,31	12,24	5,10
Laufenselden	"	4,36	7,07	1,03	an	6,19		Hollhaus	"	4,52	5,56	8,33	12,34	5,17
Hohenstein	"	4,41	7,12	1,08		6,24		Hahnstätten	"	4,59	6,02	8,44	12,40	5,23
Breithardt	"	4,46	7,18	1,13		6,29		Oberneifen	"	5,06	6,08	8,50	12,46	5,31
Adolphsied	"	4,54	7,27	1,22		6,37		Flacht	"	5,14	6,17	8,57	12,53	5,38
Langenschw.	an	5,09	7,40	1,40		6,40		Diez	ab	5,27	6,30	9,10	1,06	5,51
Wiesbaden	an	6,14	8,44	2,48		8,06		Limburg	an	6,35	7,38	10,18	2,13	6,59

Zollhaus — Kagenelnbogen		Kagenelnbogen — Zollhaus	
Kagenelnbogen	ab	Zollhaus	ab
	11,35		5,50
Allendorf	"	Mudershausen	"
	11,45		6,00
Waisblumenlai	"	Hohlenfels	"
	11,52		6,10
Hohlenfels	"	Waisblumenlai	"
	11,59		6,20
Mudershausen	"	Allendorf	"
	12,05		6,30
Zollhaus	an	Kagenelnbogen	an
	12,15		6,40

Die in den Fahrplänen des besetzten Gebietes angegebenen Zeiten entsprechen der westeuropäischen Zeit, sofern eine andere Zeit ausdrücklich vermerkt ist. Ein Beispiel zur Erklärung: Der um 5,48 nachm. von Gmünd nach Berlin abgehende Zug fährt nach der bürgerlichen Zeit wie seither um 6,48 ab, nur mit dem Unterschied, daß die Zeit um diese Zeit 4,48 zeigt.